



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Januar 2013

Bezirksmitgliederversammlung: Bezirksversammlungenwahlen 2014

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Kolleginnen und Kollegen

hiermit möchte ich euch im Namen des Bezirksvorstandes zur **Bezirksmitgliederversammlung am Mittwoch, den 23. Januar 2013, von 19:00 bis 21:30 Uhr, in das Haus am Domplatz, Büro der Abgeordnetengemeinschaft der LINKEN** (auf Einladung von Mehmet Yildiz und Tim Gohlke) **Buceriusstr. 2, 20095 Hamburg**- direkt an der U-Bahn Haltestelle Rathaus einladen.

Schwerpunkt der Versammlung soll diesmal der **Beginn der Vorbereitung der Bezirksversammlungenwahlen in 2014** (BV-Wahlen 2014) sein. Es soll darum gehen, dass wir zusammen darüber diskutieren und zu gemeinsamen Bewertungen kommen zu:

- dem neuen Zuschnitt der Wahlkreise (es werden deutlich mehr und damit sind auch mehr KandidatInnen erforderlich) und
- dem geänderten Wahltermin (in Zukunft finden die BV-Wahlen nicht mehr zusammen mit den Bürgerschaftswahlen statt, sondern parallel zu den Europawahlen).

Redaktionsschluss für die Februar-Ausgabe:
Donnerstag, 31.01.2013

(muss bis 3.2. fertig sein wg. Urlaub Bernhard)

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz, Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Es soll an dem Abend nicht nur um die politische Bewertung dieser Änderungen gehen, sondern auch um die praktischen und organisatorischen Schlussfolgerungen, da die BV-Wahlen 2014 nur ein $\frac{3}{4}$ Jahr nach den Bundestagswahlen stattfinden werden, sodass schon jetzt erforderlich ist, dass wir uns diesem Thema zuwenden, da die Zeit nach den Bundestagswahlen sehr knapp werden wird.

Tagesordnungsvorschlag:

- Konstituierung 19:00 Uhr
- Aktuelle Berichte aus Bezirksvorstand, vom Landesparteitag, aus den Stadtteilgruppen, aus der Bezirksfraktion 19:05 Uhr
- »BV Wahlen 2013« 19:30 Uhr
 1. Einleitung Vorstand /Fraktion
 2. Nachfragen und Diskussion
 3. Schlussfolgerungen

zwischendurch Pause 10 Min.

- Wahlstrategie 21:00 Uhr
- Verschiedenes Ende 21:30 Uhr

Mit solidarischen Grüßen

Inhalt

Einladung BMV	S. 1
Zu den Wahlen: Arbeit, Wahlkreise, Programm, KandidatInnen	S. 2
Kartei bereinigt, Schnapszahl	S. 4
Wohlers wieder eröffnet	S. 5
Sonderwirtschaftszone??	S. 6
Erklärung zu Syrien	S. 7
Praxisgebühr/Griechenland	S. 8
Schöffen gesucht	S. 9
Termine/Kontakt	S. 10

Zur Vorbereitung der Bezirksmitgliederversammlung im Folgenden ein paar Anmerkungen:

Arbeit in der Bezirksversammlung

Im Hinblick auf die Wahlen in 2014 hier noch ein paar Anmerkungen zur Arbeit in der Bezirksversammlung:

Mensch muss sich darüber klar sein, dass die Bezirksversammlung (BV) ein „Ausschuss der Verwaltung ist“, also kein vollwertiges Parlament. Beschlüsse der BV binden die Verwaltung nur begrenzt, die Beschlüsse des Senats und der Bürgerschaft gehen jeweils vor. Das geht so weit, dass der Bezirksamtsleiter im Zweifel verpflichtet ist, Beschlüsse der BV zu rügen, wenn diese die engen Grenzen ihrer Kompetenz seiner Meinung nach überschritten hat.

Will sagen, die Gestaltungsmöglichkeiten hinsichtlich der Grundsätze der Hamburger Politik sind begrenzt. Außer in den Bereichen Stadtplanung/Bau sowie Kinder- und Jugendhilfe, wo die Bezirke tatsächlich letzte Entscheidungen treffen, es sei denn, der Senat „evoziert“ die Entscheidung, d.h. trifft sie über den Kopf des Bezirks hinweg.

Gleichwohl gibt es Gestaltungsmöglichkeiten, und die sollten wir mit nutzen. Spannend war und ist es für mich zu sehen, dass viele Entscheidungen in der BV einstimmig fallen. Manche Ideen liegen einfach auf der Hand und sind vernünftig, da wird dann manchmal sogar ein Antrag der LINKEN einstimmig beschlossen (Ja, das gibt es, und man fragt sich, was man falsch gemacht hat ...). Oftmals wird aber auch Vernünftiges niedergestimmt, weil es von der „falschen“ Fraktion beantragt wird – um dann leicht verändert irgendwann als Antrag der „Regierungsfraktion“ wieder aufzutauchen.

Die Hauptfunktion einer LINKS-Fraktion ist m.E. aber die Kontrolle des Verwaltungshandelns sowie der Mehrheitsfraktion(en). In den Debatten der BV und ihrer Ausschüsse kann oftmals die scheinbare Gottgegebenheit z.B. von Sparzwängen hinterfragt bzw. angeprangert werden. Mit Hilfe von Anfragen kann manchmal Licht ins Dunkel der Bürokratie gebracht werden, wenn nicht lapidar mitgeteilt wird, man könne die Frage wegen Nichtwissen nicht beantworten. Das ist manchmal frustrierend, manchmal macht es aber auch Spaß.

Da kommt dann auch die Zusammenarbeit mit der Bürgerschaftsfraktion ins Spiel, denn was wir nicht erfahren, erfährt diese vielleicht, manchmal auch umgekehrt. Und natürlich gibt es, und muss es geben, den regelmäßigen Austausch zwischen den Bezirksfraktionen.

Kurzum: Die BV ist nicht der Ort, wo der Umsturz vorbereitet wird. Aber wenn wir uns einbringen, können wir schon an mancher Stelle Verbesserun-

gen für die Menschen erreichen bzw. die reibungslose Bedienung von Kapitalinteressen behindern, im Idealfall verhindern.

-besel-

Wahlkreise im Bezirk

Zur Erinnerung, die Wahlkreise für die Wahl 2014, leider habe ich keine brauchbare Karte dazu:

WK 1: **Altstadt, HafenCity, Neustadt, St. Pauli**

WK 2: **St. Georg, Hammerbrook, Borgfelde, Rothenburgsort**

WK 3: **Hamm**

WK 4: **Horn**

WK 5: **Billstedt-Nord** (das Gebiet nördlich der Glinder Straße von der Landesgrenze bis zur Möllner Landstraße, nördlich der Möllner Landstraße bis zum Schleemer Bach, westlich des Schleemer Bachs bis zur Stadtteilgrenze Billbrook)

WK 6: **Billstedt-Süd** (das Gebiet südlich der Glinder Straße von der Landesgrenze bis zur Möllner Landstraße, südlich der Möllner Landstraße bis zum Schleemer Bach, östlich des Schleemer Bachs bis zur Stadtteilgrenze Billbrook), Billbrook

WK 7: **Veddel, Wilhelmsburg-Ost** (Ortsteile 135 und 136), **Kleiner Grasbrook, sowie Seeleute & Binnenschiffer**

WK 8: **Wilhelmsburg-West (Ortsteil 137), Steinwerder, Finkenwerder, Waltershof, Neuwerk**

In all diesen Wahlkreisen sollten wir KandidatInnen aufstellen, damit die LINKE vor Ort ein Gesicht bekommt. Gleichzeitig müssen wir uns darüber klar sein, dass die Wahrscheinlichkeit eines im Wahlkreis direkt errungenen Mandats ziemlich gering ist, da maximal 5 Menschen pro Wahlkreis zu wählen sind. Das bedeutet für uns, dass die Bezirksliste entsprechend wichtiger wird, da voraussichtlich nur Menschen von dieser Liste einen Platz erhalten werden. 2011 haben wir vier Mandate aus den beiden Wahlkreisen und nur eines von der Bezirksliste erhalten.

Problem könnte es werden, die entsprechenden Listenaufstellungen durchzuführen, da in einigen Bereichen kaum Aktive vorhanden sind. Ich fürchte aber, dass nur Mitglieder, die im Wahlkreis wohnen, bei diesen Versammlungen stimmberechtigt sind. Die KandidatInnen dürfen auch außerhalb des WK wohnen. –besel-

Programmatik für die Wahl zur Bezirksversammlung

Es gilt, diesmal in Ruhe (Ende 2010 war es ja sehr hektisch) ein schlüssiges Bezirkswahlprogramm zu entwickeln. Und das möglichst in Abstimmung mit den anderen Bezirken, damit in den Kernaussagen Widerspruchsfreiheit gewährleistet ist.

Das wird umso schwieriger, je mehr wir uns auf die konkreten anstehenden Probleme in den Stadtteilen einlassen. Das wiederum ist aber aus meiner Sicht erforderlich, wenn wir in den Wahlkreisen am Infostand und in der Wahlkabine bestehen wollen. Leider fragt niemand, wie die Bezirksfraktion zu Syrien steht, nicht einmal nach der Grundhaltung in Sachen Bundeswehr. Was nicht heißt, dass wir dazu nichts sagen sollten. Aber vor allem geht es eben um soziale Stadtteilentwicklung, um die Sicherung anständiger Lebensbedingungen in den Stadtteilen. Da müssen wir dann schon sagen, wie wir den Konflikt zwischen Stadtgrün/Kleingärten und Wohnungsbau einschätzen, wie wir zu neuen Sozialwohnungen auch in Billstedt oder Mümmelmannsberg stehen, ob wir gar neue Großsiedlungen befürworten?!

Klare Ansagen gegen rechts sind selbstverständlich, aber wie genau stellen wir uns ein Verkehrskonzept für die Veddel vor? Was wollen wir unternehmen, damit auch Normalos in der Hafencity wohnen können? Und wie verhindern wir, dass die Verdrängungsprozesse in der inneren Stadt ungebremst weiterlaufen?

Fragen über Fragen, auf die Antworten zu suchen und zu finden sicher spannend wird. Man kann nicht früh genug damit beginnen ...

Vor allem aber – so meine Einschätzung – müssen wir den „wilden Osten“ besser auf den Schirm bekommen, inhaltlich wie personell. Da geht es um zwei komplette Wahlkreise, in denen wir bisher schwach auf der aktiven personellen Brust sind. –besel-

KandidatInnen für die Bezirkswahl

Wir brauchen sehr viel mehr KandidatInnen für die kommenden Wahlen als beim letzten Mal. In acht Wahlkreisen braucht es nach meiner Einschätzung mindestens je zwei bis drei Menschen, die auf dem Stimmzettel auftauchen – und das dürfen nicht achtmal dieselben sein. Wir müssen uns also rechtzeitig umschaun und Menschen (vor allem Frauen!) dafür gewinnen, trotz relativer Aussichtslosigkeit in den Wahlkreisen zu kandidieren und der LINKEN ein Gesicht zu geben. Man kann zum neuen Wahlrecht stehen wie man will, wir haben es

nun mal. Und demzufolge müssen wir uns darauf einstellen, dass die Menschen eher die vom Einkauf bekannte Nachbarin wählen, als irgendeinen überschlaun und politisch zuverlässigen Herrn vom anderen Ende des Bezirks.



Es wäre schön, wenn sich unter den 222 Mitgliedern ein paar mehr noch bereitfänden, sich in die „Niederungen der Stadtteilpolitik“ zu begeben, aber es ist ja durchaus möglich, dass auch der eine oder die andere Aktive in der Stadtteilarbeit ohne Parteibuch für die LINKE kandidiert. Es ist natürlich auch ein Frage der Glaubwürdigkeit: Schon im letzten Wahlprogramm haben wir die Ausweitung der Beiratsstrukturen gefordert, demokratische Teilhabe vor Ort propagiert. Und wir unterstützen die entsprechenden Forderungen aus dem Recht-auf-Stadt-Umfeld. Da muss es natürlich auch gelingen, Menschen aus unseren Reihen für die konkrete Verwirklichung dieser Forderungen zu gewinnen.

Und für die jetzt bedeutsamere Bezirksliste brauchen wir KandidatInnen, die dann auch wirklich in einer Fraktion zusammenarbeiten können und wollen. Möglichst auch ein paar mehr Menschen unter sechzig (das sind jetzt nur Olaf und Sandra). Ich jedenfalls möchte nach Juni 2014 nicht mehr in der ersten Reihe agieren.

Bernhard Stietz-Leipnitz

Mitgliederkartei bereinigt und das neue Jahr mit einer Schnapszahl begonnen

Wenn diese Zeilen erscheinen sind fast alle unsere Gläubiger aus dem letzten Jahr finanziell zufrieden gestellt. Einige, die noch Unterlagen aus 2012 hatten, haben den Aufruf aus dem letzten Mitteilungsang folgend, diese zur Anweisung von Zahlungen an den Vorstand gegeben. Mein Dank dafür, können wir doch längstens bis zum 10.1. noch Quittungen aus 2012 annehmen! Spätestens am 15.1. ist das Jahr 2012 buchhalterisch zu beenden damit sowohl Landes- als auch Bundesverband die Jahresabschlüsse machen können, die ja auch die Finanzzuweisungen regeln. Wir jedenfalls bekommen vom Landeskassierer jeweils erst nach Abschluss der mindestens quartalsweisen Abrechnungen das dem Bezirksverband zustehende Geld aus den Mitgliedsbeiträgen.

Die bestehenden Unstimmigkeiten in unseren Finanzen aus den Zeiten vor der Amtsperiode dieses Vorstandes werden in enger Zusammenarbeit mit der Landesverbandsbuchhalterin planmäßig weiter aufzuarbeiten versucht. Die kafkaesk anmutende Geschichte mit dem Kontozugang bei der Postbank, wie ihr wisst mittlerweile einer Marke der Deutschen Bank, hat ein Ende gefunden.

Zum Ende des letzten Monats hat der Landesschatzmeister insgesamt 74 Mitglieder, die teils noch nie bezahlt hatten offiziell zur Streichung gebracht. Das sind mehr, als wir eigentlich seitens des Vorstandes streichen wollten, aber er machte darauf aufmerksam, dass wir bei unseren Streichungsvorschlägen teils die Vorgaben des Parteiengesetzes und die innerparteilichen Regelungen nicht beachtet hätten, z.B., dass niemand von der Beitragszahlung einfach freigestellt werden kann, der oder die dies nicht gegenüber dem jeweilig zuständigen Vorstand erbeten hat. Und da in die-

sem Bezirksverband langjährig nicht zahlende Mitglieder nicht ausreichend betreut wurden, sind wir von der bundesweit vorgenommenen Karteibereinigung in Hamburg am stärksten betroffen. Alle Betroffenen sind vom Landesverband angeschrieben worden und auf ihr Widerspruchsrecht gegen die Streichung hingewiesen worden. Übrigens: Im Vorstand haben wir uns zur Aufgabe gemacht, uns zeitnäher mit Nichtzahlern zu beschäftigen und werden dieses Thema auch im laufenden Quartal auf der Tagesordnung haben, um künftig nicht so lange zu warten mit dem Ausschluss bei Beitragsrückständen und die Mitgliedsbetreuung soll ja eh einer unserer Schwerpunkte sein, so man uns die Zeit lässt.

Ansonsten haben wir unsere Mitgliedschaft bei 2 Todesfällen und 18 Austritten, die 21 Neumitgliedern gegenüber standen, gehalten. Mit nunmehr **222** in den Listen erfassten Mitte-Linken haben wir den ersten Platz in der Liste im Landesverband nun mit Altona zu teilen und verlieren damit monatlich 40€ bei der Zuweisung von Mitgliedsbeitragsanteilen seitens des Landesschatzmeisters. Wie sich das auf unseren Haushalt auswirkt, wird der Mitgliedschaft noch im ersten Quartal zur Kenntnis gebracht werden. Eine letzte Zahl noch: Der durchschnittliche Monatsbeitrag bei uns ist mit knapp 9€ mehr als 4€ geringer als der im Bezirksverband mit dem höchsten durchschnittlichen Beitragsaufkommen. Damit sind wir nur 7. von 7 Bezirksverbänden. Also auch bei uns- oder gerade? - ist die relative Verarmung der Menschen in Hamburg-Mitte in Zahlen ablesbar. Trotzdem meine Aufforderung an euch: Überlegt und rechnet durch, ob ihr nicht euren Beitrag erhöhen könnt!

V. Honold, Bezirksschatzmeister

Buchhandlung Wohlers am neuen Ort

Seit dem 7.1. befindet sich der Buchladen von Jürgen Wohlers am neuen Ort in der Langen Reihe 38. Fast 80 Menschen hatten sich über mehrere Tage am Umzug der Bücher in den neuen Laden bzw. des Antiquariats in Kellerräume der Wolgastschule beteiligt. Das hat Spaß und Mut gemacht! Damit ist eine sechsmonatige Kampagne vor allem des Einwohnervereins St. Georg mit einem Teilerfolg zu Ende gegangen, leider aber nicht ansatzweise mit einem Sieg über die Profitgier vieler Immobilienbesitzer an der Langen Reihe: Gerade wurde bekannt, dass die zweite Buchhandlung Thiede wegen allzu hoher Mietforderungen der Familie Hertz (Tchibo) aufgibt. Die Umstrukturierung von inhabergeführten Läden hin zu Ketten und Geldwaschanlagen geht weiter, ohne dass

zurzeit ein anderes Kraut dagegen gewachsen scheint als die Herstellung von Öffentlichkeit und – wie im Falle Wohlers – die praktizierte Solidarität eines Stadtteils.

Da kann es nur begrenzt trösten, dass die HiWis des Miethais Jendrusch offenbar tatsächlich in der Furcht des Herrn waren, als es um die Übergabe der Schlüssel ging und ca. 50-60 ungehaltene St. Georgerinnen dem Schauspiel beiwohnten. Sie verzogen sich nach der Übergabe erst mal in den Keller, um die Konfrontation mit den AnwohnerInnen zu vermeiden. Und erschreckend ist es allemal, wenn man in der MoPo Leserzuschriften sieht, die das alles ganz normal finden und Verständnis für die Jendruschs dieser Welt äußern. –besel -

Standort Reeperbahn (oder St. Pauli) - mit dem BID eine Sonderwirtschaftszone schaffen

Der Städtetourismus boomt - Hamburg konnte seine Zahlen in den letzten 10 Jahren mehr als verdoppeln. Vom Januar bis August 2012 kamen 3.710.229 offiziell - beim Tourismusverband - registrierte Gäste (davon im August 570.000 und im September 507.206). Dieses ist wiederum eine Steigerung von 14,8 und 10,5 % gegenüber den Vorjahresmonaten.

Fast jeder Besucher kommt während seines Hamburg-Aufenthaltes mindestens einmal auf die Reeperbahn, nutzt deren Musical- und Theaterprogramme sowie die ansässige Gastronomie.

Doch die Kasse der Gewerbetreibenden muss weiter klingeln. Innerstädtische Konkurrenz durch die Hafencity lässt die gastronomischen Umsätze nicht mehr so leicht steigern.

"Auf der Reeperbahn gibt es eine Menge Besucher, aber es fehlen Kunden. ...Ich glaube, dass man weiß, dass die Reeperbahn so eine Attraktivität hat, weil sie so aussieht, wie sie aussieht" und "Der Mix wird bleiben" (so der ehemalige Bezirksamtsleiter Schreiber in der Mopo 23.12.11).

Die bezirkliche Politik unterstützt die Renditeinteressen großer Unternehmen und erteilt Baugenehmigungen für die Tanzenden Türme, den Mojo Club, die Spielbudenplatzumgestaltung, die noch nicht endgültig ausgebauten Schmidts- und Aust-Immobilien, die wachsenden und wechselnden Musicals sowie das Reeperbahn-Festival. Keine Feier ohne - die von der Presse gehypten selbsternannten Retter der Branche - Corny Littmann und Olivia Jones - mit dem "Gespür" für die vielseitigen Geldquellen. Neu gebaute Hotels und Bürogebäude der Superlative (je höher - desto besser die Aussicht auf die Elbe) sowie das Bavaria-Quartier stellen "neue Flaggschiffe" im Werben um die kleinstädtischen Sensations-touristen dar.

Spaziergänge im "Bäh-Bäh-Milieu" zwischen Prostitution und Zuhälter-Banden von Hells Angels bis zur Marek-Bande bieten einen weiteren Nervenkitzel für die abendlichen Besucher. Zusätzlich wird sich des alten "St. Pauli-Flairs" von Kneipen wie der "Silbersack" und Spelunken wie das "Albers Eck" und der "Goldene Handschuh" unentgeltlich bedient. Für die Familien bleiben das Panoptikum, das St. Pauli-Museum und der Beatles-Platz vorgesehen.

Aber schon wird auf der West-Seite der Reeperbahn ebenfalls gegengehalten: die Gebäude des Möbel Brandes-Geländes sind fast vollständig

entmietet und vernachlässigt. Das ehemalige Erotik-Art-Museum wird zur "Superdisco Noho für das gehobene Niveau" (Mopo 24.11.12) umgebaut. Die Mietwohnungen im ehemaligen "Niebuhr-Hochhaus" in der Reeperbahn 157 werden einzeln zu Eigentumswohnungen umgewandelt.

Die sprichwörtliche Toleranz der St. Pauli-BewohnerInnen wird dabei immer weiter strapaziert, um Geldquellen für boomende Unternehmen weiter zu erschließen.

Mit der Umwidmung der Reeperbahn und der umliegenden Straßenzüge zu einem sogenannten BID (Business Improvement District) betreibt die Politik mit absoluter Konsequenz das Geschäft der Gewerbetreibenden. Die bisherige IG St. Pauli - eine Interessengemeinschaft von Grundstückseigentümern, Gewerbetreibenden und Politikern - soll durch ein "Quartiersmanagement" für zunächst 5 Jahre deren Interessen professionalisieren. Die etwa 154 Grundeigentümer sollen Mittel zusammenlegen, um das St. Pauli-Marketing weiter voranzutreiben. Zunächst war nur von Gehwegreinigung und Neugestaltung der Bürgersteige die Rede. Tatsächlich soll ein Einbruch in den deutschen und europäischen Städte-Tourismus erzielt werden durch u.a. gezieltes Gebäudemanagement. Bei drohendem Leerstand sollen die Flächen neu vermietet und - in der Zwischenzeit - durch "Pop-Up" Unternehmen genutzt werden. Gezieltes Anbieten von Kulissen für TV- und Filmproduktionen schafft kostenlose Werbung.

Finanziert werden soll das "Quartiersmanagement" mit jährlich 120.000 Euro. Für die Gesamtentwicklung sind 1,9 Mill. Euro eingeplant. Die Grundstückseigentümer sollen - auf Basis des Einheitswertes der einzelnen im BID belegenen Grundstücke - zur Kasse gebeten werden. Die Stadt übernimmt den Einzug der "Einlage".

Von einer demokratischen Entscheidung kann jedoch keine Rede sein. Geregelt ist in dem in 2004 verabschiedeten Hamburger Gesetz (Gesetz zur Stärkung der Einzelhandels- und Dienstleistungszentren), dass nur der Senat die Einrichtung eines BID beschließen kann.

Nur wenn ein Drittel der Grundstückseigentümer dem Beitritt schriftlich widersprechen, ist der Antrag vom zuständigen Bezirksamt abzulehnen. Wer nicht antwortet - hat dem zugestimmt!

Wie gut, dass die WählerInnen der SPD die Alleinherrschaft in Senat und Bezirk ermöglicht haben!



Von der Bezirkspolitik wurden bislang öffentliche Veranstaltungen gescheut. In "schlechter Erinnerung" sind da noch die Erfahrungen mit den Bewohnern des Stadtteils, die die Umgestaltung der "Alten Rindermarkthalle" zu einem Mega-Konzertsaal verhindert haben.

Zaghafte Versuche im Sanierungsbeirat Wohlwillstraße und bei einer Veranstaltung der "Böll-Stiftung" ließen aufhorchen. Befürchten die Bewohner der Reeperbahn und der anliegenden Straßen, dass neben den Gewerbe- auch die Wohnungsmieten ansteigen werden (u.U. wird versucht, die BID-Umlage auf die Mieter abzuwälzen). Kleinere Gewerbe können schon jetzt - nach Ablauf ihrer Pachtverträge - Mieterhöhungen nicht mehr zahlen und müssen schließen. Uns bekannt ist eine Umfrage aus der Immobilienwirtschaft von vor zwei Jahren an der Davidstraße, wonach ermittelt werden sollte, welche Gewerbetrieben die kleinen - überwiegend migrantengeführten - Kioske und Handyläden wohl zahlen müssen. Zum Glück haben sich nicht viele Besitzer auf die Nachfragen eingelassen.

"Unliebsame Benutzergruppen" wie Punks, Wohnungslose auf der Suche nach einem Schlafquartier, Alkoholiker und flaschensammelnde MigrantInnen müssen um ihren Verbleib fürchten.

Für was tritt DIE LINKE ein - oder sind wir

eigentlich "Sozialromantiker" und wollen die "Weiterentwicklung des Stadtteils" verhindern ?

Dazu die Bürgerschaftsfraktion am 8.12.10 :
... Bei einem erheblichen Teil der Bevölkerung herrscht ein berechtigtes Misstrauen gegenüber den Instrumenten der unternehmerischen Stadtpolitik mit Aufträgen für Marketing, Verschönerung, Sicherheit und Sauberkeit. Private Wachdienste entscheiden, wer wo flanieren darf, wer und ob sich öffentlich geäußert werden darf, Flyer verteilen, demonstrieren und informieren darf. Der öffentliche Raum ist nicht mehr ein Ort für alle, hier werden die Menschen nach Kaufkraft sortiert.

Die Abgeordnete Heike Sudman am 23.2.12:" Der Reiz von Innenstädten liegt aus meiner Sicht in ihrer Besonderheit. Deshalb dürfen in Hamburg nicht noch mehr von den Angeboten kommen, die jede Innenstadt zunehmend gesichtslos machen. Vielmehr gilt es, die Stadtgeschichte ebenso wie die Stadt als Ort der Begegnung und des Austausches zwischen seinen BürgerInnen deutlich zu machen. Soziale und kulturelle Angebote für die BürgerInnen statt Events und Shopping für Touristen sollen die Ziele sein. Dazu passt es nicht, wenn der Oberbaudirektor noch mehr Geschäftszonen, sogenannte Business Improvement Districts (BIDs), schaffen will."

Verena Brachvogel

Internationale Initiative den Krieg in Syrien zu beenden Ja zur Demokratie, nein zur ausländischen Intervention!

Wir, die UnterzeichnerInnen dieses Aufrufs, sind als Teil der internationalen Zivilgesellschaft zunehmend besorgt über das schreckliche Blutvergießen, welches das syrische Volk gegenwärtig erleidet. Daher unterstützen wir folgende politische Initiative, die auf der Basis der Ergebnisse einer Fact-finding-Mission, die unsere Kollegen im September 2012 nach Beirut und Damaskus unternahmen, zu Stande gekommen ist: Wir rufen zu einer Delegationsreise hochrangiger Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens auf, die sich nach Syrien begeben sollen, um mit den wichtigsten politischen Akteuren zu sprechen. Damit soll geholfen werden, den Weg für eine politische Lösung des bewaffneten Konflikts zu ebnen, der den Weltfrieden ernsthaft gefährdet und die Existenz Syriens als unabhängiger und souveräner Staat bedroht.

In diesem Sinn schließen wir uns folgender Erklärung an:

Alle Augen sind auf den Krieg in Syrien gerichtet, der dem Volk einen zu hohen Blutzoll abverlangt. Die legitime Bewegung des syrischen Volkes für demokratische Rechte begann ebenso friedlich wie die seiner arabischen Geschwister. Nun läuft sie Gefahr in einen konfessionellen Krieg mit regionaler und internationaler Beteiligung zu degenerieren. Auch die zunehmenden geopolitischen Verstrickungen sind besorgniserregend.

Wir sind uns bewusst, dass keine Seite einen solchen Abnutzungskrieg in kurzer Frist für sich entscheiden wird können. Währenddessen muss das syrische und arabische Volk zuschauen, wie die Errungenschaften ihres Widerstands gegen die westliche und israelische Vorherrschaft sowie die regionalen Diktaturen niedergehen und am Ende ganz zerstört werden könnten.

Um jedoch diese Errungenschaften zu retten und den Kampf für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Selbstbestimmung fortzusetzen, ist eine politische Lösung des Konflikts mittels Verhandlungen unumgänglich. Nur auf diese Art und Weise kann der Konfessionalismus eingedämmt, eine ausländische Intervention abgewendet werden und die demokratische Massenbewegung die Oberhand behalten.

Um das Blutvergießen zu beenden und eine politische Lösung zu unterstützen, handeln wir auf der Basis folgender Kriterien:

- 1) Volle Unterstützung für einen politischen Prozess, der mittels **Verhandlungen** und über einen **Waffenstillstand** beginnen sollen. Hand in Hand damit soll es zur Deeskalation und **Entmilitarisierung** des Konflikts kommen, was der Bevölkerung erlauben würde, dringend benötigte Hilfeleistungen entgegenzunehmen und ihren Willen friedlich und schließlich auch an den Wahlurnen zum Ausdruck zu bringen.
- 2) Da jede Lösung auf dem souveränen Willen des syrischen Volkes aufbauen muss, weisen wir jede Form ausländischer **militärischer Intervention** kategorisch zurück, von welcher Seite sie auch kommen möge.
- 3) Das Recht auf Selbstbestimmung zu respektieren bedeutet auch die **demokratischen und sozialen Rechte** der breiten Bevölkerungsmehrheit zu respektieren. Daher darf keine wichtige politische Kraft a priori aus einem politischen Prozess ausgeschlossen werden. Ein dauerhaftes Friedensabkommen muss zu einem konstitutionellen Prozess führen, der **freie Wahlen**, organisiert durch eine **Übergangsregierung**, vorsieht.
- 4) Da es im Verlauf des Konflikts zunehmend zu einer Instrumentalisierung konfessioneller Zugehörigkeiten gekommen ist, die den politischen Zusammenschluss der Bevölkerung auf der Grundlage der Demokratie erschwert, unterstützen wir alle Initiativen und Tendenzen unter den politischen wie militärischen Kräften, die sich für **Toleranz zwischen den Religionsgruppen** auf der Basis der Gleichberechtigung aller Staatsbürger einsetzen.

Mit unserer Unterschrift sprechen wir der internationalen Delegation, die sich Anfang 2013 nach Syrien begeben wird, unsere volle Unterstützung aus – in der Hoffnung, dass diese Initiative einen wichtigen Beitrag für den Frieden in der Region leisten wird.

Dieser von Gunhild Berdal zur Verfügung gestellte Aufruf wird u.a. unterstützt von:

Rolf Becker, Norman Paech, Werner Ruf, Inge Höger, Ernesto Cardenal, Jean Ziegler, Hans von Sponeck, Manolis Glezos

Weitere UnterstützerInnen gehen auf:

<http://www.peaceinsyria.org/mission.html>

und unterzeichnen dort.

Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land, diesmal:

Freie Arztwahl ohne Praxisgebühr

Das neue Jahr fängt in einem Punkt gut an. Wer in diesen Tagen zum Arzt geht, darauf wies unserer Wirtschaftspolitiker **Michael Schlecht** hin, muss keine Praxisgebühr mehr zahlen. Die jahrelange Beharrlichkeit der Linken hat am Ende dazu geführt, dass das 10-Euro-Eintrittsgeld gekippt wurde. Der Bundestag hat dies in namentlicher Abstimmung beschlossen. Einstimmig!

2004 wurde die Praxisgebühr unter Rot-Grün eingeführt. Sie war Resultat eines Geschachsers zwischen der damaligen SPD-Ministerin Ulla Schmid und Horst Seehofer. Eigentlich wollte die rot-grüne Regierungskoalition für jeden Facharztbesuch ohne Überweisung 15 Euro kassieren. Die Union hätte am liebsten für jeden Arztkontakt eine Gebühr erhoben, die FDP wollte gar eine prozentuale Selbstbeteiligung der Patienten. Nur die beiden einzigen PDS-Abgeordneten Gesine Löttsch und Petra Pau aus den zwei 2002 gewonnenen Berliner Wahlkreisen, stellten sich damals dagegen.

Die Linkspartei legte 2006 einen Gesetzentwurf vor mit dem Ziel der Abschaffung der Praxisgebühr. Alle anderen Fraktionen waren dagegen. 2009 stellte DIE LINKE wiederum einen Antrag. Es gab einen klitzekleinen Fortschritt: Die Grünen enthielten sich. Alle anderen wollten die Praxisgebühr erhalten.

Im ersten Halbjahr 2012 versuchte DIE LINKE wiederum die Praxisgebühr zu kippen. Der Fortschritt wurde größer: Die Grünen stimmten mit uns. Je-

doch waren Union, FDP und SPD weiterhin dagegen.

Mit der jetzigen Abschaffung der Praxisgebühr ist einer der hartnäckigsten Irrtümer der Gesundheitspolitik ein Stückweit korrigiert, die unsinnigen, unsozialen und letztlich gefährlichen Zuzahlungen aber bleiben.

Es sei längst „nachgewiesen, dass Zuzahlungen die Nutzungsrate von sehr wirksamen und wichtigen Medikamenten ebenso stark senken wie von Mitteln für Akne oder Erkältungen. ... Kostendämpfung nach dem Motto ‚Die Leute nehmen zu viel Gesundheitsleistungen in Anspruch, wenn sie nichts kosten, also machen wir sie teurer‘, scheren alles über einen Kamm und können durch Folgeerkrankungen Zusatzkosten verursachen, statt Kosten zu senken. Ganz abgesehen von dem unnötigen Leid der Patienten, das dadurch eventuell verursacht wird.“ So zitiert Schlecht Norbert Häring, Ökonomiekorrespondent des Handelsblattes, in seiner Mitteilung und fährt fort: „DIE LINKE wird weiterhin dafür eintreten, dass alle Zuzahlungen abgeschafft werden. Und wir wollen eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung. In Anbetracht der anstehenden Wahlen machte die FDP, der das Wasser schon bis zur Oberlippe steht, als erste eine Kehrtwende. In der Abstimmung im Bundestag traute sich niemand mehr, sich gegen die Abschaffung der Praxisgebühr zu stellen“. Sein Fazit: „DIE LINKE wirkt auch ohne eigene Minister“.

Nein zu Spardiktaten und Nationalismus!

Griechenland: Was tun?

Informations- und Diskussionsveranstaltung

mit **Rolf Becker** (Schauspieler, Gewerkschaftsaktiver)

und **Karl Heinz Roth** (Arzt, Historiker)

am **Mittwoch, den 9. Januar 2013, um 19 Uhr**

im **Anna-Siemsen-Hörsaal**

(Uni Hamburg, Pädagogisches Institut, Von-Melle-Park 8)

Veranstalter: RIS und Referat für Politische Bildung, Kultur und Kritische Wissenschaft im AStA UHH

www.internationalismusreferat.de



Hier dokumentieren wir einen Aufruf des Bezirksamts. Es wäre gut, wenn auch mehr LINKE. ihre praktische Lebenserfahrung in die Mühlen der Justiz einspeisen würden. Wer unter Euch Interesse hat, der/die melde sich bitte bei Tilman Rosenau in der Geschäftsstelle, wir sammeln die Namen und geben sie an die Verwaltung weiter.

Ich selbst habe eine Periode als Schöffe hinter mir und fand es immer spannend, gemeinsam mit dem zweiten Schöffen und dem Amtsrichter an einer Entscheidung mitzuwirken.

Selbstverständlich können sich auch GenossInnen melden, die in anderen Bezirken den ersten Wohnsitz haben – sie können dann dort tätig werden.

Bernhard Stietz-Leipnitz

„Hamburg sucht Schöffen und ehrenamtliche Verwaltungsrichter

Die Hamburger Bezirksamter erstellen gegenwärtig die Vorschlagslisten für die Wahl der Schöffen, Jugendschöffen und ehrenamtlichen Verwaltungsrichter für die Amtszeit 2014 bis 2018.

Schöffen sind ehrenamtliche Richter in Strafsachen und wirken bei der Verhandlung und der Urteilsfindung beim Amts- bzw. Landgericht mit.

Ehrenamtliche Verwaltungsrichter werden bei Rechtsstreitigkeiten z.B. aus dem Ausländer- und Asylrecht, Schul-, Bau-, Beamten- Ordnungs- und Gesundheitsrecht im Verwaltungs- bzw. Oberverwaltungsgericht eingesetzt.

Eine juristische Vorbildung ist für diese Ehrenämter nicht erforderlich. Vielmehr ist die Mitwirkung nicht juristisch ausgebildeter Bürger gerade deshalb gefragt, weil diese ihre Lebens- und Berufserfahrung, ihr vernünftiges Urteil, ihren Gemeinsinn und ihre Bewertungen in die Entscheidungen der Gerichte einbringen sollen. Einzig Jugendschöffen sollen zusätzlich erzieherisch befähigt und in der Jugenderziehung erfahren sein. Diese Anforderung braucht jedoch nicht schul- oder berufsmäßig erworben zu sein.

Schöffen, Jugendschöffen und ehrenamtliche Verwaltungsrichter werden für fünf Jahre berufen und sollen nicht zu mehr als zwölf ordentlichen Sitzungstagen pro Jahr durch das Gericht herangezogen werden. Für die Zeit der Gerichtsverhandlung sind die ehrenamtlichen Richter dem anwesenden Berufsrichter gleichgestellt und tragen ebenso die Verantwortung für die Entscheidungen.

Für die Teilnahme an den Sitzungen wird eine Aufwandsentschädigung z.B. für Verdienstausfall und Fahrtkosten gezahlt.

Für das Ehrenamt interessierte Personen müssen die folgenden Voraussetzungen erfüllen:

Sie müssen die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

Zu Beginn der Amtsperiode muss das 25. Lebensjahr vollendet sein.

Der Wohnsitz muss seit einem Jahr in Hamburg bestehen.

Die Meldeanschrift muss im Bezirksamtsbereich liegen.

Weitere Information erhalten Sie unter www.schoeffen.de oder bei Ihrem zuständigen Bezirksamt:

Bezirk Hamburg-Mitte

Telefon 428 54 2959

E-Mail-Adresse

schoeffen@hamburg-mitte.hamburg.de

Schauen Sie auch gerne unter www.hamburg.de/bezirke oder [www.hamburg.de/justiz vorbei!](http://www.hamburg.de/justiz_vorbei!)

Termine in (und für) Mitte

Dienstag, 15.01., 19 Uhr

"Wo geht St. Georg hin und was wollen wir?" - **Podiumsdiskussion** mit der Stadtentwicklungssenatorin Jutta Blankau, Pausenhalle der Heinrich-Wolgast-Schule, Carl-von-Ossietzky-Platz.

Mittwoch, 16.01., 19:00 Uhr:

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde
Büro Borgfelder Straße 83

Mittwoch, 16.01. 19:30 Uhr

Treffen der Stadtteilgruppe St. Georg
Statteilbüro, Hansaplatz 9

Sonntag, 20.01., 16:00 Uhr

Neujahresempfang der Bezirksfraktion auf der Veddel, Stenzelring 24, bei: Juventude do Minho v.1987 e.V.

Montag, 21.01., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Fraktionsbüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 23.01., 19:30 Uhr

Bezirksmitgliederversammlung
Haus am Domplatz, Buceriusstr. 2 (s. S. 1)

Donnerstag, 24.01., 17:30 Uhr

Öffentliche Sitzung der **Bezirksversammlung**
Sitzungssaal, Klosterwall 4, 1. Stock

Februar

Montag, 04.02., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Fraktionsbüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Dienstag, 12.02., 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
in den Räumen des
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

Dienstag, 12.02., 20:00 Uhr

Treffen der Finkenlinken,
in den „Baustellen“, Sandhöhe 11

Samstag, 16. 02.:

Wahl der VertreterInnen für die LandesvertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Landesliste für die BT-Wahl auf einer Mitgliederversammlung

Montag, 18.02., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Fraktionsbüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 20.02, 19:00 Uhr:

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde
Büro Borgfelder Straße 83

Mittwoch, 20.02., 19:30 Uhr

Treffen der Stadtteilgruppe St. Georg
Ort: Statteilbüro, Hansaplatz 9

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

	Telefon	Mail
Verena Brachvogel	040 439 77 01	verena.brachvogel@die-linke-hamburg-mitte.de
Stefan (Teddy) Dührkop	015112944471	stefan.duehrkop@die-linke-hamburg-mitte.de
Volker Honold (Schatzmeister)	040 280 35 82	volker.honold@die-linke-hamburg-mitte.de
Jan-Peter Klöckner		jan-peter.kloeckner@die-linke-hamburg-mitte.de
Martin Wittmaack	040 389 21 64	martin.wittmaack@die-linke-hamburg-mitte.de
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
<i>nachrichtlich:</i>		
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur Mittenmang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto: DIE LINKE. BV Hamburg-Mitte, Konto 852 539 206, Postbank Hamburg BLZ 200 100 20